

PRESSEINFORMATION

EU-CO₂-Grenzausgleich: Europäischer Umweltausschuss lässt zentrale CBAM-Probleme für Aluminium ungelöst

Berlin/Brüssel, 08. Juli 2026 – Ein aktuelles Votum des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments (ENVI) bedroht die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Aluminiumindustrie: Bei der Abstimmung zur Reform des CO₂-Grenzausgleichs (kurz: CBAM) Anfang der Woche haben die Abgeordneten ein massives Schlupfloch offengelassen, durch das Importeure von Aluminium aus Drittstaaten die CO₂-Abgabe künftig leicht umgehen könnten. Europäische Unternehmen hätten das Nachsehen.

Der CO₂-Grenzausgleich soll eigentlich verhindern, dass CO₂-intensive Produkte aus Ländern mit niedrigen Klimastandards die europäische Industrie verdrängen. Bei Aluminium macht der Umweltausschuss nun jedoch einen logischen Fehler: Die vorgeschlagene Position unterscheidet künstlich zwischen importiertem Aluminium, das aus verschiedenen Arten von Aluminiumschrott hergestellt wurde (sogenanntem Pre-Consumer- und Post-Consumer-Schrott). In der Realität ist der Preis für recyceltes Aluminium auf dem Markt jedoch der gleiche wie für neu hergestelltes. Wenn die EU importierte Produkte je nach Produktionsroute oder Schrottart unterschiedlich stark mit Abgaben belegt, entstehen unfaire Preisvorteile für ausländische Hersteller. Identische Produkte kämen billiger nach Europa, erzielten hier aber den gleichen Marktpreis wie die heimische Ware – das würde den gesamten Zweck des Grenzausgleichs aushebeln.

Angelika El-Noshokaty, Hauptgeschäftsführerin von Aluminium Deutschland, erklärt: „Für Aluminium droht der CBAM genau das Gegenteil dessen zu bewirken, was er erreichen soll. Statt Carbon-Leakage-Schutz zu bieten, verschlechtert er die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Aluminiumunternehmen. Ein Grenzausgleich, der zentrale Besonderheiten unseres Werkstoffs nicht berücksichtigt, darf im weiteren Verfahren so nicht stehen bleiben.“

Wertschöpfungsketten und Standorte in Gefahr

Schon heute stehen europäische Recycler unter Druck, weil Schrotte international stark nachgefragt werden und zunehmend aus Europa abfließen. Wenn CBAM diesen Wettbewerbsnachteil weiter verschärft, geraten Produktion, Verarbeitung und Recycling in Deutschland zusätzlich unter Druck. Das schwächt nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Aluminiumindustrie, sondern gefährdet Standorte in Deutschland und die Resilienz europäischer Wertschöpfungsketten.

Aluminium Deutschland fordert daher, die CBAM-Regelungen im weiteren Gesetzgebungsverfahren nachzubessern. Aluminiumschrott muss umfassend berücksichtigt und für den Aluminiumanteil importierter Produkte ein einheitlicher Standardwert unabhängig von der Produktionsroute vorgesehen werden. Wenn diese zentralen Korrekturen nicht umgesetzt werden, bleibt CBAM für Aluminium ungeeignet und schadet der Aluminiumindustrie. In diesem Fall sollte die Anwendung des CBAM für Aluminium pausiert oder Aluminium ganz aus dem Anwendungsbereich herausgenommen werden.



Aluminium Deutschland

ÜBER ALUMINIUM DEUTSCHLAND E. V.

Aluminium Deutschland ist die Stimme der deutschen Aluminiumindustrie. Der Verband vertritt die politischen, wirtschaftlichen und technischen Interessen seiner rund 135 Mitglieder entlang der gesamten Aluminiumwertschöpfungskette von der Primäraluminiumproduktion über Halbzeuge bis hin zur Weiterverarbeitung von Aluminium. Aluminium ist aufgrund seiner Eigenschaften unverzichtbar für Schlüsselbranchen wie die Automobilindustrie, Luft- und Raumfahrt, Verteidigung, Energieerzeugung und Bauwesen, sowie in Verbraucherprodukten wie Haushaltsgeräten und innovativen Verpackungslösungen. Aluminium Deutschland macht sichtbar, welchen Beitrag die deutsche Aluminiumindustrie für eine innovative und nachhaltige Zukunft leistet. Mehr über Aluminium Deutschland e. V. unter www.aluminiumdeutschland.de.

PRESSEKONTAKT

Thilo Grösch
Leitung Öffentlichkeitsarbeit | Pressesprecher
+49 211 4796 276
presse@aluminiumdeutschland.de
www.aluminiumdeutschland.de